

Bioabfall in Stuttgart-Zuffenhausen Bau der Biogasanlage verzögert sich erneut



So soll die Bioabfallvergärungsanlage aussehen, die in den kommenden Jahren in Zuffenhausen gebaut wird. *Foto: S/adt Stuttgart*

Lange wurde gestritten, geplant und umgeplant, seit einiger Zeit laufen nun endlich auf dem Gewinn Hummelsbrunnen-Süd die Aushubarbeiten. Seit rund einem Jahrzehnt ist klar, dass die Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS) dort eine Bioabfallvergärungsanlage bauen wird. Im Laufe der Jahre verzögerte sich das ambitionierte Projekt ein ums andere Mal, die Kosten schossen immer weiter in die Höhe. Nun war AWS-Geschäftsführer Markus Töpfer zu Gast im Bezirksbeirat Zuffenhausen, um über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Es braucht eine Nachtragsgenehmigung vom Regierungspräsidium

Töpfer machte es zunächst recht kurz: In nur wenigen Minuten erläuterte er, dass im Juli oder August mit den eigentlichen Bauarbeiten begonnen werden solle, dass der Probetrieb voraussichtlich im Frühjahr 2024 starte und der Vollbetrieb für Sommer 2024 angedacht sei. Was eine weitere Verzögerung bedeutet: Im März, also vor gut zwei Monaten, war noch die Rede davon gewesen, dass der Probetrieb bereits im Winter 2023/2024 anläuft und die Anlage drei bis vier Monate später unter Volllast laufen kann (wir berichteten). Schuld an der erneuten Verzögerung ist laut Töpfer eine weitere Umplanung: statt zwei

Fermentern soll es nur einen geben. Dafür braucht es eine Nachtragsgenehmigung vom Regierungspräsidium, die im Sommer vorliegen soll.

Auf Nachfrage aus Reihen der Bezirksbeiräte kamen zahlreiche weitere Themen zur Sprache. So bestätigte Töpfer, dass die Anlage (wie bislang geplant) für eine Kapazität von 35000 Tonnen Bioabfall jährlich ausgelegt ist. 2021 seien in Stuttgart 28000 Tonnen angefallen. „Wir möchten künftig die Sammelmenge erhöhen“, sagte Töpfer, als er auf die Differenz angesprochen wurde. Anfang 2023 werde man deshalb mit einer entsprechenden Werbekampagne starten. Langfristiges Ziel sei, dass nur Material aus Stuttgart verarbeitet werde – es könne aber passieren, dass zumindest im Winter auch etwas von außerhalb angeliefert werde. Bei voller Auslastung solle die Anlage kostenneutral arbeiten.

Unklar, wohin die Gärreste kommen

Noch nichts Konkretes konnte Töpfer zur Verwertung der Gärreste sagen. Grundsätzlich werde eine regionale Lösung angestrebt. Was den flüssigen Teil der Reste betreffe, brauche man allerdings 500 bis 600 Hektar landwirtschaftliche Fläche. Ob diese in der Nachbarschaft vorhanden sei, könne er momentan nicht sagen. Auf diesen Punkt ging Karlheinz Schmid von der FDP-Fraktion direkt ein: Er wolle nicht, dass die „Stinkbrühe“ auf Felder im Bezirk ausgebracht werde. Töpfer entgegnete, dass die Landwirte sich an klare Regeln und Uhrzeiten halten müssten. Normalerweise werde nicht gesprüht, sondern mit Schleppschläuchen gearbeitet, die die Flüssigkeit direkt in den Boden leiten. Auch was die Anlage selbst betreffe, müsse nicht mit üblen Gerüchen gerechnet werden. Die Türen würden nur bei Anlieferung geöffnet, zudem gebe es eine Luftschleuse. „Sie werden in 50 Metern Entfernung nichts mehr riechen“, kündigte Töpfer an. Die Belästigung durch An- und Abfahrten (angedacht sind 16 Lkw-Fahrten täglich) solle ebenfalls äußerst moderat ausfallen.

Das Biogas geht an die Firma Porsche

Bereits sicher ist, dass das nicht zum Eigenbedarf benötigte Biogas an die Firma Porsche verkauft wird. Dafür wird eine von den Stadtwerken finanzierte und betriebene unterirdische Leitung zur Zuffenhäuser Sportwagenschmiede gebaut. Die entsprechenden Verträge wurden im November 2020 unterzeichnet.

Nicht angesprochen bei der Sitzung wurden die Kosten. Im März war die Zahl 32 Millionen Euro kommuniziert worden. Auf Nachfrage unserer Zeitung hat sich laut AWS daran nichts geändert. Allerdings muss davon ausgegangen werden, dass es durch die Pandemie und den Ukrainekrieg zu weiteren Preissteigerungen kommt. Zum Vergleich: Vor knapp zwei Jahren belief sich die geschätzte Summe auf 21 Millionen Euro.

Zwischendurch brauchte es einen neuen Standort

Seit das Projekt vor gut zehn Jahren zum ersten Mal im Bezirksbeirat vorgestellt worden war, gab es zahlreiche Stolpersteine. So musste mit dem Gewinn Hummelsbrunnen Süd ein neuer Standort gefunden werden (ursprünglich war die Sauhalde angedacht). Dort wiederum tauchten dann Zauneidechsen auf. Die bedrohte Tierart zwang die Planer zu umfangreichen Änderungen. Die für das Projekt benötigte Fläche wurde aus Rücksicht auf die Natur von 4,3 auf 2,1 Hektar mehr als halbiert. Schlagzeilen gemacht hatte das Vorhaben auch im Mai 2021. Damals musste das Oberlandesgericht Karlsruhe über einen Einspruch zum Vergabeverfahren entscheiden. Eine bei der Vergabe unterlegene Firma aus Österreich hatte gegen das Ergebnis geklagt, war damit aber gescheitert. Es blieb dabei, dass eine Bietergemeinschaft aus Deutschland zum Zuge kommt. Sie hatte das günstigere Angebot abgegeben (Gesamtkosten: 32 Millionen Euro). Die österreichische Variante wäre rund vier Millionen Euro teurer gewesen.

www.stuttgarter-nachrichten.de
Bernd Zeyer 05.06.2022 - 07:00 Uhr